

Bezugspreis:

Für Dresden vierjährlich 2 Mark 80 Pf., bei
dem Kaiserl. deutschen Postanstalten vier-
jährlich 3 Mark; außerhalb des deutschen Reiches
tritt Post- und Stempelschlag hinzu.

Einsatz-Nummer: 10 Pf.

Ankündigungsgebühren:

Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
Schrift 20 Pf. Unter "Eingesetzt", die Zeile 40 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernzauber Aufschlag.

Erstausgabe:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage abends.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergrödigkeit geruht,
den 1. Rath bei der Kreishauptmannschaft zu Dresden,
Geheimer Regierungsrath Hans Alexander von Bosse
mit seinem bisherigen Diensttitel zum vortragenden
Rath beim Ministerium des Innern und dem Vor-
stand der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt
Amtshauptmann Freiherr von Weissenbach mit dem
Diensttitel als Geheimer Regierungsrath zum ersten
Rath bei der Kreishauptmannschaft zu Dresden zu er-
nennen.

Mit Allerhöchster Genehmigung Se. Majestät des
Königs ist der Vorstand der Amtshauptmannschaft
Löbau, Geheimer Regierungsrath Ernst Florian von
Thielau in gleicher Eigenschaft zur Amtshauptmannschaft
Dresden-Neustadt verfecht worden.

Bekanntmachung,

die Anmeldung zu dem an der Königlichen
Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Dresden ab-
zuholenden Lehrkursus zur Ausbildung von
Turnlehrern betr.

An der Königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt in
Dresden beginnt am

2. Juni a. e.

ein Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern.

Die Teilnehmer an diesem Kursus müssen min-
destens den vollen Nachmittag jeden Wochentages zur
Verfügung haben.

Gesuche um Bullozung sind unter Beifügung
1. des Geburts- oder Tonscheines,
2. eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses,
3. eines amtlichen Belegs über die fittliche
Fähigkeit,
4. eines selbstgefertigten Lebensblauses,
5. der Belegs über die genossene wissen-
schaftliche und turnerische Vorbildung
bei dem unterzeichneten Ministerium bis zum

28. Mai a. e.

einzureichen.

Dresden, am 18. April 1890.
Ministerium des Cultus und öffentlichen
Unterrichts.

v. Gerber. Gog.

Nichtamtlicher Teil.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der "Breslauer Zeitung" wird aus Ratgeber ge-
meldet, daß 36 Personen gestern an der Oderüber-
fahrt Slawikau ertrunken sind.

Königsberg, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Die Kaiserlichen Majestäten besuchten gestern nach-
mittag die Kirche in Juditten, die älteste Kirche
des Samlandes. Abends fand bei Sr. Maj. dem
Kaiser Tafel zu 40 Gedichten, bei Ihrer Maj. der
Kaisin Damantafel zu 80 Gedichten statt. Der
Japsenstreit am Abend verließ glänzend.

Hamburg, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Gestern Abend fand partier Rennschandranz nach
der Steinstraße statt. Polizeiabteilungen zu Pferde
und zu Fuß hielten aber alle Zugänge besetzt und
zerstreuten leicht die Ansammlungen.

Feuilleton.

A. Hoftheater. — Alstadt. — Am 14. d. Mts.
"Die Jädin". Große Oper in fünf Akten von
Halévy.

Halévy's führte, mit kunstvoller Spekulation auf
durchgreifende und forcierte Effekte berechnete Opern-
wert, dem es nicht an einzelnen hervorragend schönen
Momenten und manchen Szenen von dramatischer
Wahrheit und Bedeutung, wohl aber an der
rechten, unfehlbaren Bewegung Sprache des Genius,
an warm empfundener, poetisch schwungvollen Melo-
dien gebracht, hat in mehrfachen Vorführungen wäh-
rend der gegenwärtigen Spielzeit bei unserem Publi-
cum starke Teilnahme gefunden, obwohl seine Dar-
stellung nicht zu den besten Leistungen unserer Hof-
bühne zählen kann.

Die Arie gibt jetzt Gel. Wittich. Ihre gelang-
liche Durchführung der sehr lohnenden Partie ist voll
Wärme, Kraft und charakteristischer Färbung, aber sie
erhält im Spiel, namentlich in der Wimme zu geringe
Unterstützung, als daß der Jädin heftiges Temperament
und glühende Leidenschaft zu vollem Ausdruck gelangen-
ten. Hen. Rieger weiß die gleichen Vorteile
in etwas vermindertem, die selben Schwächen in
noch verstärktem Maße auf. Hen. Decarli führt den
Johann v. Brogni sehr tüchtig, mit entsprechender
Wichtigkeit und Wille im Ton aus; nur wird sein
Vortrag zweimal ein wenig schleppend. Hen. Weindels
Stimmittel und sein Können reichen für die Dar-

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich:
Hofrat Otto Bock, Professor der Litteratur- und Kunstgeschichte.

Annahme von Ankündigungen auswirkt:

Leipzig: Fr. Brandstetter,
Kommissionsdr. des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt
a. M.: Hassenstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-
Prag-Leipzig-Frankfurt a. M.: München: H. Moos;
Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.: Stuttgart: Daudé
& Co; Berlin: Inselverlag; Breslau: Emil Kobalz;
Hannover: C. Schäfer; Halle a. S.: J. Borch & Co.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals.
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1295.

Prag, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Mor-
gen beginnen die Verhandlungen zwischen den Fabrikan-
ten und den streikenden Arbeitern. Im
Falle einer Einigung soll am Sonnabend die Auf-
nahme der Arbeit erfolgen. Die heute geplanten
Arbeiterversammlungen wurden von der Polizei
verhindert.

London, 15. Mai. (B. T. B.) Unterhaus.
Unterhausschreiber Ferguson tritt auf eine An-
frage mit, Stanley habe mit Häuptlingen im In-
nern Afrikas in seinem Namen Abmachungen ge-
troffen, aber nicht unter der Autorität der eng-
lischen Regierung. Im östlichen Sudan herrsche
noch große Un Sicherheit und Not, Abteilungen der
Orientalen beunruhigt fortwährend die dortige
Gegend durch Einfälle. Die Handelskompanie im
Sudan habe mit den Häuptlingen vorläufige Ab-
machungen getroffen bezüglich des Baues von Baum-
wolle und der Erhöhung der Handelsstraße nach
Berber. Was die Proklamation der britisch-afri-
kanischen Gesellschaft vom 3. Mai angehe, so
werde durch dieselbe die Sklaverei in einem ge-
wissen Bereich des Gebietes der Gesellschaft und in
einem Umkreise von zehn Meilen verboten. Die
Proklamation berührte jedoch nicht die Sklaverei,
wie sie jetzt besteht.

London, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Das Unterhaus nahm mit 339 gegen 266 Stimmen
nach dreitägiger Debatte die Friedensgesetz-
bill an, welches die Extraterritorialität auf Spirituosen und
Bier an die Kolonialhöfen überweist. Letztere
sollen unter anderem ermächtigt werden, Schank-
lokale beaufsichtigen zu lassen.

London, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Nach einer Meldung des Neueren Bureaus
aus Rio de Janeiro sind im Staate Rio Grande
do Sul Aufstände ausgebrochen. Eine Volks-
versammlung wurde am 13. Mai von der Polizei
nicht ohne Blutvergießen zerstört. Die Truppen
fraternisierten mit dem Volke. Die Ruhe wurde
wiederhergestellt, der Gouverneur des Staates
wurde jedoch genötigt, abzudanken. Die neuen
Befehle des Finanzministers werden als die
Hauptursache der Aufstände betrachtet.

Bilbao, 16. Mai. (Tel. d. Dresden. Journ.) Gestern nachmittag fand ein Konflikt zwischen
Truppen und Streikenden statt; einer der letzteren
wurde getötet, mehrere verwundet. Abends war
die Ruhe wiederhergestellt. In den Straßen
dauert die Agitation fort. Die Streikenden
zerstörten mehrere Hütten. Sämtliche Berg-
werke und die meisten Eisenwerke Bilbaos sind
jetzt geschlossen.

Dresden, 16. Mai.

Der deutsch-bohmische Ausgleich.

Am 19. Mai tritt in Prag der böhmische Landtag
zu einer außerordentlichen Session zusammen. Man
fragt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß der bö-
hmische Landtag während seiner diesmaligen Thätigkeit
mit vollem Recht die Aufmerksamkeit nicht nur der
österreichischen, sondern auch aller derjenigen reichs-
deutschen Politiker auf sich lenken wird, die ein Ver-
ständnis der großen Frage haben, deren Lösung der
Prager Landtagssitzung von der Regierung vor-
gelegt wurde. Handelt es sich doch um die Ratifikation
des im Januar in Wien zwischen den Vertretern der
böhmischen Kriegsregierung präliminierten Friedens,
der dem langjährigen Ringen und Kämpfen der bö-
hmischen Slaven gegen ihre deutschen Landsleute und
Nachbarn ein vorläufiges Ende machen soll.

stellung des Fürsten Leopold, dieses erbärmlichen
Sündenhelden der Oper, nicht aus, denn einmal fehlt
seinem Organe der feste Kern des Tons in der Höhe,
was besonders nachteilig in den beiden Terzettten des
zweiten Aktes hervortrat, und dann wird in seiner
jungfräulichen Repräsentation, welche uns den Feldherren
nicht glaublich zu machen versucht, der überaus un-
sympathische Eindruck der ganzen Figur noch gesteigert.
Herr Friedmann (Prinzessin Eudora) löst ihre Auf-
gabe durch fortreten und zierlichen Gesang vorzüglich.
Orchester und Chor bieten ausgezeichnete Leistungen
dar; einzig in dem ersten Chor, hinter der Scene, hat
die Schwierigkeit der ungünstigen hohen Stimmenlage
nicht ohne Nachteil für den Wohlklang überwunden
werden können.

— Alstadt. — Am 15. Mai: "Die Meister-
singer von Nürnberg" Handlung in drei Auf-
zügen von Richard Wagner.

In der geistigen Aufführung der von unseren
Musikfreunden sehr geschätzten Oper stellten sich zwei
neue Mitglieder der Hofkapelle vor, die Herren Anthes
und Hofmüller, dieser als David, jener in der Rolle
des Walther von Stolzing. Dr. Anthes vermochte nach
dem gegenwärtigen Stand seiner künstlerischen Aus-
bildung noch keine fertige charakterisierende Durchfüh-
rung der unsympathischen Partie im Ausbruch und gar
nicht im Spiel zu bieten, aber gleich den vorangegangenen
Gespielen des Sängers erwies auch das Dekat
seine vorzügliche Stimmbegabung, die sich namentlich
lyrischen Aufgaben zuzuwenden hat, und eine sicher
bildungsfähige Begabung, die fortwährend seinem
ernsthafsten Streben wie auch der aufmerksamen Sorg-
falt der Opernleitung vorbehalten bleibt.

Die außerordentliche Tragweite der bevorstehenden
Verhandlungen des böhmischen Landtags wird noch
bedeutend erhöht durch die folgenschwere Einwirkung
der Landtagsbeschlüsse auf das ganze politische Leben
der habsburgischen Monarchie. Es ist in die Hand
der böhmischen Landtagsvertretung gegeben, über das
weitere Schicksal des Taaffischen Kabinetts und des von
ihm während des letzten Jahrzehnts mit Erfolg
vertriebenen politischen Systems zu entscheiden. Die
Kritiken desselben steht und fällt mit der Durchfüh-
rung des in den Wiener Konferenzen präliminierten
deutsch-bohmischen Ausgleichs, und, wie die Dinge in
dem viel komplizierteren politischen Leben Österreichs
liegen, wäre die Befürchtung, daß ein rohdärfliches System
wechselseitig noch für die Beziehungen Österreich-Ungarns zu
Deutschland nicht ohne Einfluß sein würde, nicht ganz
ungrundlos. Man zieht nur den Umstand in Er-
wägung, daß die Politik des deutsch-österreichischen
Bündnisses bis jetzt sowohl im Reichsrat als auch
in der österreichischen Delegation stets ein-
mütig unterstützt wurde, wobei sogar auch die Ver-
treter der Tschechen, Slowaken und Kroaten in keiner
Weise durch ihre Haltung derselben Schwierigkeiten in
den Weg legten. Man muß es der überaus klugen
politischen Fürsorge der obersten Leitung der Friedens-
politik als ein großes Verdienst anrechnen, daß sie
in Österreich ein politisches System ermöglicht und
mit sichtlichem Erfolg patronisiert hatte, das die öster-
reichischen, tschechischen Slaven in ihrem eigenen
nationalen Interesse, selbst mit Hinterziehung ihrer
russischen Freunde, verhindern sollte, sich in
verzweigten Zweigen zu entfalten. Es unterliegt zur Zeit nicht dem
geringsten Zweifel, daß im Falle einer Gegenprobe,
d. h. wenn die Versöhnungspolitik des Großen Taaffs
zum Falle gekrönt werden sollte und die österreichischen
Slaven in Opposition gegen die Wiener Regierung
eingehen, dieselben — mit etwaiger Ausnahme der
Polen — mit derselben Einmütigkeit, die sie seither
bei der Unterstützung der Politik des Friedensstaats
befunden haben, der leichteren auf Schrift und Tritt
Verlegenheiten bereiten würden.

Es entsteht nun die Frage, ob die gegenwärtige
politische Situation in Böhmen die Möglichkeit einer
Nahmenahme der Friedenspräliminarien von Seite
des böhmischen Landtags zuläßt. Man wird sich noch
erinnern, daß letzter am 27. Januar d. J. von vier
Landtagsclubs, vom Club der deutschen Volksvertreter,
der deutschen Großgrundbesitzer, der altsächsischen Ab-
geordneten und der böhmischen Großgrundbesitzer, ein-
mütig genehmigt, dagegen von dem jungfräulichen
Landtagsklub vorläufig nur in Erwägung gezogen
wurde. Die Konferenzbeschlüsse fanden dennoch eine un-
bedingte, volle Zustimmung von ungefähr 200 Landtags-
abgeordneten, ohne von den 38 jungfräulichen Volksver-
tretern grundlos angefochten und verworfen worden zu
sein. Die guten Aussichten auf eine gebedeutsche Austragung
der Friedensaktion sollten indessen eine fortwährende
Tribüne erfahren. Das jungfräuliche Manifest,
worin die böhmischen "Radikalen" Stellung zu dem
projektierten deutsch-bohmischen Ausgleich nahmen, ent-
hielt zwar scharfe Ankläge gegen einzelne Punktionen
des Friedensstatutes, war aber demnach keine
formelle Proteststundgebung der jungfräulichen Fraktion.
Zum Unglück hatte die Prager Staatsanwaltschaft in
ihrem Bemühen, mit dem für alle gegen den Ausgleich
gerichteten Kundgebungen zu unterdrücken bestrebt war,
auch dieses "Manifest", sowie es sich in den Spalten
der "Narodni listy" aus Sicht der Öffentlichkeit wahr-
nahm, konfisziert und dessen Verbreitung verboten. Dadurch
wurde der altsächsische und deutsch-deutsche Preß
die Möglichkeit entzogen, an dem Inhalt des jung-
fräulichen Manifests Kritik zu üben und dessen gegen
die einzelnen Sätze des Friedensvertrages gerichteten
Argumentationen gründlich zu widerlegen. Als un-
mittelbare Folge dieses Eintretens der Staats-
anwaltschaft gegen die jungfräuliche Kundgebung,
sowie überhaupt der Unterdrückung einer jeden
dem Friedensverein abträglichen Kritik, erwies sich,
daß nicht nur die jungfräuliche Wählerschaft,
sondern auch ein großer Teil der Altsächsischen Zweig
darauf aufzumachen liechen, ob denn auch tatsächlich
der Ausgleich, den die Polizeibehörde in so auffällendem
Masse beobachtete, keine Gefahr für die böhmische Nation
in sich berge. Man fing an zur Erkenntnis zu kommen,
daß, wenn dies nicht der Fall und der Ausgleich für
beide Teile in gleicher Weise ehrend und günstig sei,
es geraten gewesen wäre, daß Friedensstift der
Obhut der altsächsischen Führer und ihrer Preß an-
zuvertrauen, der man doch die Fähigkeit nicht ab-
spezieren darf, eine an und für sich gerechte Sache
mit Erfolg verteidigen zu können. Man hatte kein
Verständnis dafür, wonach fortan in jenen Kreisen
politischer Fürsorge der oberste Leitung der Friedens-
politik nur unmöglich mit verschärftem Armen einer Agitation
zusammen treten könnte, die diesem Werke Gefahren und
Schwierigkeiten bereite, fügte vielmehr mit doppelter
Eifer noch Bedenken und sandte sie nach. Solch ein
Bedenken fand man z. B. in der Bestimmung des
Friedenspräliminars, wonach fortan in jenen Kreisen
der deutschen Gebiete, wo die Böhmen nicht als
ausländiges Element vorkommen, das Personal der
Gerichts- und Verwaltungsbehörden nicht unbedingt
auch die böhmische Sprache fundig sein müsse.

Um die Ernsthaftigkeit der oppositionellen Bewegung,
die diese den Deutschen gemacht Koncession unter
den Böhmen hervorgerufen, begeisten zu können, muß man
sich vergegenwärtigen, daß die Böhmen beider Schattierungen
einen Ausgleich mit ihren deutschen Landsleuten
nur unter der Bedingung als eine wünschenswerte
Erinnerung betrachten wollen, wenn derelbe ihrer
sprachlichen Gleichberechtigung keine Einbuße verur-
sacht und daß die deutsche Sprache als Staatssprache
in keiner Weise Vorbehalt geleistet werde. Die deutsche
Staatssprache ist, wie bekannt, in den Augen der Böhmen
wenig ohne Vorbehalt die rote Tuch, bei dessen
Anblick sie sofort in die größte Erregung versetzt werden — und diese Erregung dürfte daher tatsächlich nicht auf
der Szene erscheinen, auf der die Durchführung
des nationalen Ausgleichs zwischen Böhmen und
Deutschland vor sich gehen sollte, wenn man nicht im
vorhinein schon den Böhmen jede ernste Mitwirkung
verleiht haben wollte. Nun hat es Graf Taaffe mit großer
Mühe zu stande gebracht, daß die böhmischen Vertreter
in den Wiener Konferenzen sich zu der oben erwähnten
Koncession an die Deutschen entschlossen haben, die allerdings
der nationalen Gleichberechtigung, wie sie die Böhmen sich denken, nicht ganz entspricht, da hier
den Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, Landesämter zu bekleiden, ohne der böhmischen Sprache
fundig zu sein, während von den Böhmen ausnahms-
los die Kenntnis der deutschen Sprache verlangt wird,
sofern sie eine Anstellung im Landesdienste suchen.
Diese Koncession haben die deutschen Vertreter dadurch
ermöglicht, daß sie zugegeben haben, daß auch bei den
Landesbehörden im geschlossenen deutschen Sprach-
gebiete ja noch Bedarf auch Beamte ange stellt werden,
die der böhmischen Sprache fundig wären.

Es war schwer, die Führer der beiden nationalen
Parteileiter zu diesem Kompromiß zu veranlassen,
aber noch schwächer war es, letztere vor den Augen
der nationalen Heilsparte und ihrer Kritik
zu hüten. Und dennoch wäre es fast gescheitert, wenn
nicht zum Unglück der Justizminister Graf Schönborn
in seinem Erlass vom 3. Februar, ohne die schlimme
Wirkung der stilisierung des Erlasses auch nur zu
ahnen, den Gegenwart des Ausgleichs willkommenen An-
satz zur summarischen Verurteilung des Friedens-
statutes gegeben hätte. Im zweiten Absatz dieses Er-
lasses heißt es: „daß fernerhin ein jeder Gerichts-

mittwoche Folge dieses Eintretens der Staats-
anwaltschaft gegen die jungfräuliche Kundgebung,
sowie überhaupt der Unterdrückung einer jeden
dem Friedensverein abträglichen Kritik, erwies sich,
daß nicht nur die jungfräuliche Wählerschaft,
sondern auch ein großer Teil der Altsächsischen Zweig
darauf aufzumachen liechen, ob denn auch tatsächlich
der Ausgleich, den die Polizeibehörde in so auffällendem
Masse beobachtete, keine Gefahr für die böhmische Nation
in sich berge. Man fing an zur Erkenntnis zu kommen,
daß, wenn dies nicht der Fall und der Ausgleich für
beide Teile in gleicher Weise ehrend und günstig sei,
es geraten gewesen wäre, daß Friedensstift der
Obhut der altsächsischen Führer und ihrer Preß an-
zuvertrauen, der man doch die Fähigkeit nicht ab-
spezieren darf, eine an und für sich gerechte Sache
mit Erfolg verteidigen zu können. Man hatte kein
Verständnis dafür, wonach fortan in jenen Kreisen
politischer Fürsorge der oberste Leitung der Friedens-
politik nur